

Erscheint täglich außer Sonntags.  
Zusätzlich Abendausgabe des „Vormärts“. Bezugspreis  
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.  
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile  
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.  
Postcheckkonto: Vormärts-Verlag G. m. b. H.,  
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

## Kardorff gegen Fried.

### Wirtschaftspartei verlangt Wahlrechtsverschlechterung.

Der Vizepräsident des Reichstags verteilte in seiner heutigen Sitzung den Beratungstoff für die nächsten Tage in folgender Weise:

Heute und morgen, Mittwoch, wird der Etat des Innenministeriums beraten. Der Donnerstag bleibt wegen des katholischen Fronleichnamfestes sühnig frei. Sodann folgen am Freitag der Etat für die besetzten Gebiete, am Sonnabend das Gesetz über die Strafrecht (MünchKStG), am Montag und Dienstag der Etat des Ernährungsministeriums mit der Osthilfe und vom Mittwoch ab der Etat des Auswärtigen, zusammen mit Handelsverträgen.

Von da ab sind weitere Dispositionen noch nicht getroffen worden, und der Abschluß des gegenwärtigen Tagungsabschnitts ist noch in keiner Weise zu übersehen.

### Die Angst vor der Auflösung.

Der Reichstag schloß heute mittag die Haushaltsberatung beim Reichsinnenministerium fort. — Im Hause ist auch Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) erschienen, der in der Debatte noch reden soll.

Abg. Dr. von Kardorff (D. Sp.) spricht zunächst über den Massenandrang zum Hochschulstudium. Wenn das so weiter geht, haben wir 1937 schon 324 000 stellenlose Akademiker. Man müßte den Zugang zum Hochschulstudium durch Prüfungen erschweren. Das akademische Proletariat ist auch eine politische Gefahr. Wenn ich nun zu den bedauerlichen Verhältnissen in Thüringen komme, so bitte ich, mir nicht zuzurufen: „Sagen Sie das Ihren Freunden in Thüringen!“ (Sehr gut!) Ich habe auf unserem Parteitag in Mannheim mein Bedauern darüber ausgesprochen, meine thüringischen Freunde in dieser Gesellschaft zu sehen. (Wärmende Zurufe der Hakenkreuzler.) Aber das parlamentarische System zwingt dazu, Mehrheiten zu bilden. (Dr. Fried: Lösen Sie doch auf, Sie können es jeden Tag!) Es war wohl nicht richtig, daß Sennering gleich zu einem der stärksten Mittel griff. Als Fried seine so taktvolle Rede hielt, hätte man die ganze thüringische Regierung dafür verhaften sollen. (Der Redner meint natürlich: „haftbar machen“ — Wärmende Zurufe der Hakenkreuzler, Mahnung des Präsidenten und einzelne Ordnungsrufe.) Ich billige durchaus das Vorgehen des Reichsinnenministers. Nationalsozialisten gehören nicht auf leitende, Polizeistellen. (Großer Lärm der Hakenkreuzler, die das als unerhörte Beleidigung bezeichnen. — Weitere Ordnungsrufe. — Ein Hakenkreuzler ruft: Wir sind jetzt vogelfrei!) Nein, das sind Sie nicht, aber kein Staat läßt so mit sich Schindluder treiben. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Primat des Reiches und wünschen, daß es energisch wahrgenommen wird ohne jede Schilane.

Die thüringischen Schulgebote sind nicht nur eine Profanierung, sondern auch eine Blasphemie ohne Gleichen. Ich verstehe nicht, daß ein christlicher Mann wie Dr. Spahn anders darüber denkt. Wenn die Nationalsozialisten Gebote erlassen, so sollten sie sich des dritten Gebotes erinnern, nämlich den Feiertag zu heiligen. Das tut man nicht dadurch, daß man sich mit seinen Gegnern herumprügelt. (Großer Lärm der Nat.-Soz.) Auch des achten Gebotes sollten Sie sich erinnern, nicht falsches Zeugnis abzulegen gegen seinen Nächsten. (Erregte Zurufe der Nat.-Soz. — Der Präsident weist den Abg. Stöhr, den er bereits vorher zur Ordnung gerufen hatte, wegen grober Ordnungsverletzung aus der Sitzung aus. — Stöhr: Ich habe gelagt, das ist zum Kochen. Es sind hier schon viel schlimmere Ausdrücke gefallen. — Nach nochmaliger Mahnung des Präsidenten verläßt Stöhr den Saal.) Die Berufung des Schriftstellers Günther an die thüringische Universität ist eine Herausforderung. (Zuruf von den Nat.-Soz.: Sie sind wohl ein Jude!)

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Frage von Verfassungsänderungen und meint unter lebhaftem Widerspruch der Sozialdemokraten: Wenn zwei Reichstage, zwischen denen eine Volksbefragung liegt, eine einfache Mehrheit für eine Verfassungsänderung ausbringen, dann sollte sie als angenommen gelten. Das alte Reich wurde von Preußen regiert, das heute Preußen muß durch das Reich regiert werden. Das ist ein Bruch mit der Bismarckschen Reichsstruktur, die aber nur das Ergebnis der

### Niederlage Bismarcks in seinem Kampf gegen den Partikulatismus

war. Ohne Reichsreform keine Finanzreform und keine Ersparnis bei den öffentlichen Ausgaben! Wenn die Rechte darüber klagen,

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

### Zum Uniformverbot.



Nehmen Sie diesem Stroch  
Gurt, Schlägring und Dolch...  
Der Geist muß ihm doch bleiben!

### Reichswehrbeamter unter Spionageverdacht.

Obermusikmeister mit seiner Ehefrau in Minden verhaftet.

Minden i. W., 17. Juni.

Wie erst jetzt bekannt wird, ist am letzten Sonnabend in Minden ein Westfalen eine auffehenerregende Verhaftung erfolgt. Der Obermusikmeister Adam des in Minden garnisonierenden Artillerieregiments 6 wurde in dem Augenblick verhaftet, als er seine Frau, die mit dem Kölner D-Zug kam, vom Bahnhof abholte. Auch Frau Adam wurde festgenommen. Das Ehepaar steht in dem schweren Verdacht der Spionage zugunsten einer ausländischen Macht. Einzelheiten lassen sich im Augenblick nicht mitteilen, da sich die zuständigen Stellen in Schweigen hüllen und auf die schwebende Untersuchung verweisen, die gegen den Obermusikmeister und seine Frau eingeleitet worden ist. In Minden verkauft, daß Frau Adam aus Elsh-Lothringen kamme und angeblich Beziehungen, die sie in ihrer Heimat angeknüpft hatte, nunmehr entsprechend ausgenutzt habe, und daß ihr Mann ihr dabei behilflich gewesen sein soll. Schwierige finanzielle Verhältnisse sollen das Motiv zu ihrer Tätigkeit gewesen sein. Durch Beamte der deutschen Spionageabwehr im Rheinland soll die Aufdeckung der Handlungen des Ehepaares erfolgt sein. Dabei muß jedoch betont werden, daß es sich vorläufig, soweit diese Einzelheiten in Frage kommen, um Gerüchte handelt, die erst der Bestätigung durch das Untersuchungsergebnis bedürfen. Die Tatsache der erfolgten Verhaftung wird von den zuständigen Stellen der Reichswehr bestätigt.

### 40 tote Kinder in Lübeck.

Sozialdemokratische Kritik an der Passivität des Senats.

Lübeck, 17. Juni.

Nach einer Mitteilung des Gesundheitsamtes hat sich bei den mit dem Calmette-Präparat gefütterten Säuglingen heute nacht abermals ein Todesfall ereignet. Die Zahl der dem Präparat zum Opfer gefallenen Säuglinge ist damit auf 40 gestiegen. 85 Kinder sind noch krank, 48 werden als gebessert bezeichnet, 72 sind gesund bzw. befinden sich noch in ärztlicher Beobachtung.

Inzwischen arbeitet der Untersuchungsausschuß der Lübecker Bürgerschaft, an dem übrigens ein Vertreter der trauernden Eltern als ständiger Gast teilnimmt, an den Bemerkungen, die sich oft bis spät in die Nacht ausdehnen. Nach der Lübecker Verfassung ist die Öffentlichkeit bei dieser Arbeit ausgeschlossen. Sie erfuhr davon erst bei der gestrigen Bürgerhaushalts-sitzung, in der der sozialdemokratische Antrag, die verantwortlichen Ärzte zu suspendieren, in zweiter Lesung zur Beratung stand. Wieder wurde er, diesmal mit noch größerer Mehrheit als das erstemal, angenommen. Wenn er vielleicht auch keine unmittelbaren Folgen hat, da diese Ärzte inzwischen freiwillig ihre Tätig-

keit eingestellt haben, so war diese Sitzung doch keineswegs überflüssig. Der Reichstagsabgeordnete Leber brachte als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion neue Tatsachen zutage, die ein grelles Schlaglicht auf das vollkommene Versagen der verantwortlichen Instanzen warfen, und nicht weniger scharf kritisierte er die Passivität des Lübecker Senats und die Untätigkeit des Staatsanwalts.

Die Ursache der Tragödie mag an der Beschränktheit wissenschaftlichen Erkennens liegen, aber daß sie solchen Umfang annehmen konnte, daß alle zur Hilfe und zur Aufklärung notwendigen Maßnahmen so zögernd, so langsam einsetzten, das weist auf eine andere Tragödie hin, auf die Tragödie deutscher Kleinparteierei und Kleinparteierei.

### Neues Nazi-Opfer.

Blutige Schlägerei in Sachsen.

Chemnitz, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialisten hielten am Montagabend eine Wahlversammlung in Reinholdshain bei Glauchau ab. Nach Schluß der Versammlung kam es auf der Straße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer schweren Schlägerei, bei der sechs Personen verletzt wurden und ins Glauchauer Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Heute morgen ist der kommunistische Arbeiter seinen schweren Verletzungen erlegen. Ein zweiter Verletzter schwebt noch in Lebensgefahr.

### Baden verschärft das Verbot.

Karlsruhe, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Die badische Regierung hat das Verbot des Tragens der Uniform der Nationalsozialistischen Partei dahin verschärft, daß in Zukunft auch Hakenkreuzfahnen nicht mehr mitgeführt und Kleidungsstücke mit Hakenkreuzabzeichen, welcher Art sie auch sind, nicht mehr getragen werden dürfen. Verboten ist in Zukunft das Tragen jedes Kleidungsstückes, das die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei zum Ausdruck bringt. In der neuen Verfügung des badischen Innenministers wird den Bezirksämtern gleichfalls anheimgestellt, Rundgebungen der Nationalsozialisten auf öffentlichen Straßen und Plätzen bis auf weiteres ganz zu verbieten.

Die Verschärfung des Verbots war notwendig geworden, nachdem die Nationalsozialisten das Uniformverbot dadurch zu umgehen trachteten, daß sie ihre pronatorischen Umzüge neuerdings in weißer Hemden mit Hakenkreuzabzeichen veranstalteten.

### Kolonialterror Frankreichs.

13 Indochinesen hingerichtet — schwere Anklagen.

Paris, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Die Repressionskampagne der französischen Kolonialbehörden gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Indochina dauert fort. In Yen Bai sind am Montag wieder 13 Eingeborene hingerichtet worden, darunter auch der 30jährige Führer der Unabhängigkeitspartei. Der Verurteilte hat in der Nacht vor seinem Tode ein Schreiben an das französische Parlament gerichtet, in dem er unter Übernahme der vollen Verantwortlichkeit für die letzten Antraben erklärt, daß er wiederholt versucht habe, mit den Franzosen zusammenzuarbeiten, daß er aber immer wieder abgewiesen worden sei. Im Namen seiner Partei stellte er dann folgende Forderungen auf: 1. Die Franzosen müssen ihre brutalen unmenschlichen Gewaltmethoden aufgeben und sich künftig nicht mehr als die Zwingherren, sondern als die Freunde der Landesbevölkerung aufführen; 2. Sie müssen das moralische und materielle Elend der Bevölkerung lindern und ihr die elementarsten Rechte: Freizügigkeit, Bildungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit wiedergeben; 3. Sie müssen alle Durchsuchungen und alle Sittenlosigkeit bei ihren Beamten streng bestrafen. Das politische Testament des unabhängigen Führers kann weder als übertrieben, noch als kommunistisch bezeichnet werden.

### Der Fall Rientimp.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigte sich am Montagabend mit laufenden Angelegenheiten. Während der Sitzung traf vom Abgeordneten Rientimp die Mitteilung ein, daß er im Laufe des Dienstag schriftlich seinen Austritt aus der Fraktion erklären werde. Von einer Beschlusssitzung hat die Fraktion abgesehen.













